



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/118 - 25. Mai 1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 18 31-23  
Fernschreiber 0 888 800

Hinweise  
auf den Inhalt:

Notwendige Aussprache über eine brenzende Frage	S. 1
Schwierige Koalitionsverhandlungen in Österreich	S. 3
SED lockt mit kostenlosen Ferienaufenthalt	S. 5
Mehr Ostkunde erforderlich	S. 6
Herr Euler schweigt	S. 7
Zur 60. Geburtstag Lisa Albrechts	S. 8

## Blickpunkt Sowjetzone

sp. Die Bundesregierung muss am 30. Mai - oder, wenn der Vertagungsantrag des Außenministers im Ältestenrat durchkommen sollte, etwas später - auf 23 konkrete Fragen eines gemeinsamen Antrages aller Fraktionen des Bundestages konkret antworten. Sie soll Antwort darauf geben, wie sie die Verhältnisse nach der Entthronung Stalins einschätzt, ob sie einen Abbau der polizeistaatlichen Massnahmen in der Zone festgestellt hat und welche Möglichkeiten sie sieht, das Leben der Menschen drüben zu erleichtern. Die SPD empfindet Gerugtung darüber, dass auch die Parlamentarier aus den Koalitionsparteien die Regierung endlich veranlassen, die Sowjetzone in den Blickpunkt der Bundesrepublik zu rücken.

Worum geht es? Um die Freilassung aller politischen Häftlinge, um eine Normalisierung des Verkehrs zwischen hüten und drüben, um engere geistige und kulturelle Verbindungen. Die Bundesregierung wird Antwort auf die Frage geben müssen, was von ihrer Seite aus getan worden ist und welche Schritte sie in Zukunft ergreifen will, um die innerdeutschen Beziehungen zu fördern. Lauter unbequeme Fragen. Dabei hat es nie an Vorschlägen der Opposition gefehlt, endlich in der Wiedervereinigungsfrage aktiv zu werden.

Dass die Einheit Deutschlands nicht von heute auf morgen hergestellt werden kann, ist selbstverständlich. Es gibt aber ungezählte Möglich-

zeiten, den Weg dorthin leichter zu machen. Ein sozialdemokratischer Antrag z.B. sieht vor, Interzonenreisen in beiden Richtungen die Möglichkeit eines Geldaustauschs im Verhältnis 1 : 1 zu geben, wodurch der Reiseverkehr einen gar nicht abzusehenden Aufschwung erleben würde. Bis zur Erreichung dieses Ziels sollte die Bundesregierung Mittel für Gutscheine und Waren bereitstellen, damit der Besucher von drüben nicht allein auf die Unterstützung von Bekannten und Verwandten angewiesen bleibt. Einen Punkt des Antrags - Besuchern auf Kosten des Bundes Krankenpflege zu gewähren - hat der Sozialpolitische Ausschuss bereits angenommen. Man sollte sich auch nicht scheuen, in der Bundesrepublik sowjetzonale Zeitungen und Zeitschriften zuzulassen; denn was man von der anderen Seite fordert, muss man selbst zu tun bereit sein.

Natürlich reichen diese und ähnliche weitere Massnahmen nicht aus, die zerrissenen Teile Deutschlands wieder zusammenzubringen. Sie können nur ein Anfang sein, die Verkrampfungen aufzulockern. Als der SPD-Bundestagsabgeordnete Herbert Wehner kürzlich erklärte, man müsse endlich das Verhältnis zu Pankow regeln, hat er damit dem SED-Regime ganz gewiss keine demokratische Legitimation erteilt. Andererseits aber hilft die Vogel-Strauss-Politik der Bundesregierung nichts, so zu tun, als gäbe es Pankow nicht. Viel zu wenig ist bisher getan worden, um über technische Kontakte zu einer innerdeutschen Entspannung zu kommen. Wenn Pankow jetzt mit der Freilassung von politischen Häftlingen begann, so ist das gewiss kein Grund zur Strapazierung von Gefühlen besonderer Dankbarkeit - es sollte aber durchaus als ein erster Schritt des Regimes gesehen werden, auf eine alte, vordergründige Forderung des Westens einzugehen. Man darf sie nicht einfach als selbstverständlich hinnehmen; denn selbstverständlich ist für eine Diktatur nichts.

Bei der Behandlung des interfraktionellen Antrages wird sich zeigen ob die Bundesregierung die ersten schwachen Ansätze einer Ent-Stalinisierung der Zone einfach ignoriert, oder ob sie entschlossen ist, daran anknüpfend sachliche Pläne zur Annäherung der beiden Teile Deutschlands vorzuliegen. Dann wird sich an der Reaktion Pankows zeigen, wie sehr oder wie wenig ernst die Abkehr von Stalin gemeint ist. Dabei käme nicht Bonn in Verlegenheit, sondern die Regierung der Sowjetzone.

Nach den Wahlen - Preiserhöhungen

K.F., Wien

Man hat sich in Österreich allmählich daran gewöhnt, dass nach Wahlen alsbald das "dicke Ende" folgt, nämlich die Durchführung lange hinausgezögerter und in ihrer Vorbereitung geflissentlich verschwiegener unpopulärer Massnahmen. In der Woche aber nach dem für die ÖVP erfolgreichen 13. Mai reichte selbst diese staatsbürgerliche Gewöhnung nicht hin, die unvermittelt hereinbrechende Flut von Preiserhöhungsforderungen als reguläre Quittung für die Stimmzettelsabgabe hinzunehmen. Noch hatten die Verhandlungen um die Bildung einer neuen Regierung nicht begonnen, noch war nur die provisorische Regierung im Amt, da meldeten Industrie und Landwirtschaft von allen Seiten ihre Ansprüche auf höhere Preise an. Noch niemals zuvor hat man so unverzüglich und unverblümt die Rechnung präsentiert, wie nach dieser Wahl, welche die Österreichische Volkspartei zur stärksten des Landes gemacht hat. Die Sozialistische Partei und der Österreichische Gewerkschaftsbund sind nicht gesonnen, Preistreibereien widerspruchslos hinzunehmen.

Bundeskanzler und ÖVP-Parteichefmann Julius Raab kannte natürlich seine "Schäfchen" und wusste von ihren verschwiegenen Preiserhöhungswünschen. Deshalb hat er gleich nach der Wahl die gesamte Bevölkerung öffentlich aufgefordert, auf dem Preis- und Lohnsektor Disziplin zu halten. Um gleichzeitig vom Schuldigen abzulenken oder in ernster Besorgnis, von dieser Seite Schwierigkeiten zu bekommen, hat er angekündigt, dass er gegen ungerechtfertigte Lohnforderungen einschreiten und diese sogar in Form öffentlicher Plakatierung anzuprangern werde. Der Präsident des Gewerkschaftsbundes Johann Böhm musste ihn daran erinnern, wie verantwortungsbewusst bisher stets die Lohnpolitik des Gewerkschaftsbundes gewesen sei und dass es wohl notwendiger wäre, die Preistreiber öffentlich anzuprangern.

Nachdem bereits der Zementpreis (ohne ersichtlichen Grund) um 12 Prozent erhöht wurde, soll nun auch der Papierpreis ab 1. Juni beträchtlich erhöht werden. Beim Brotpreis ist eine Erhöhung um 25 Prozent geplant, ebenso beim Preis für Kleingebäck. Die Milch soll um mindestens 23 Prozent teurer werden und das Schweinefett um 11 Prozent. Auch das Bier soll eine Preiserhöhung um 7 Prozent erfahren. (Vor den Wahlen hat die ÖVP den Wählern allein aus der Ertragnissen des nach Abzug der -4-

Reparationslieferungen an Russland verbleibenden Erdöls versprochen; 1. Die Steuern um 20 Prozent zu senken, 2. die Milchpreiserhöhung zu subventionieren, 3. Wohnungen für kinderreiche Familien zu bauen und 4. Dividenden für sogenannte Volksaktien auszuschütten.) Die Saat der ÖVP-Stimmzettel vom 13. Mai ist rasch aufgegangen; die Wahlspenden der Industriellen und Agrarier werden mit Zine und Zinsezinsen in Form höherer Preise zurückgefordert.

#### Der Dank des Finanzministers...

Eine der empfindlichsten und unsozialsten Preiserhöhungen geht dabei direkt von einem ÖVP-Ministerium aus, nämlich vom Finanzministerium, welches den Interessenvertretungen einen Verordnungsentwurf über die Erhöhung der gesetzlichen Haftpflichtversicherungsprämien zugeleitet hat. Danach sollen alle Besitzer von Kraftfahrzeugen für die Zwangs-Haftpflichtversicherung künftighin weitaus höhere Beträge zahlen müssen. Die Prämienenerhöhung schwankt zwischen 100 und 164 Prozent, wobei die höheren Prozentsätze gerade auf die wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungsteile entfallen, nämlich auf die Besitzer von Hilfsmotorrädern und Kleinstkraftträdern sowie von Kleinautos. Das soll offenbar der persönliche Dank des Herrn Finanzministers Dr. Kanitz an die ÖVP-Wähler sein. Unter dem Druck der empörten Volksmeinung hat man einige der erwähnten Preisforderungen vorläufig zurückgestellt. Man wird sie also erst nach und nach präsentieren, denn in kleinen Dosen - "schlucken sie es schon"...

Gegenwärtig sind die Vertreter der Österreichischen Volkspartei und der Sozialistischen Partei dabei, über eine kommende Koalitionsregierung zu verhandeln. Noch sind keine Einzelheiten bekannt. Es ist zu vermuten, dass die ÖVP versucht, mit der Freiheitlichen Partei, die immerhin über 6 Abgeordnetensitze verfügt, Fühlung aufzunehmen, um die Verhandlungsposition der Sozialisten zu schwächen. Die Koalitionsverhandlungen werden voraussichtlich überaus schwierig sein. Im Hinblick auf die Tatsache, dass 89 Prozent der Wähler die beiden Regierungsparteien gewählt haben, ist zu hoffen, dass diese Verhandlungen dieser Tatsache Rechnung tragen.

Die Kinder sind eingeladen, die Eltern geehrt

G.St. Die Urlaubspläne, die die Eltern in der Bundesrepublik für ihre Kinder machen, weisen auch in diesem Jahr eine in vielen Fällen politische Note auf. Seit vielen Wochen gehen die Propagandisten der sog. Düsseldorf Zentralen Arbeitsgemeinschaft "Freie Ferien für alle Kinder" wieder von Tür zu Tür, von Betrieb zu Betrieb. Sie bieten den Eltern an, ihren Kindern während der grossen Ferien einen kostenlosen Aufenthalt in der Sowjetzone zu vermitteln. Sobald bei den Eltern Zweifel auftauchen, beteuern sie, "mit den Kommunisten nicht das geringste zu tun zu haben".

Aber die Auftraggeber der Düsseldorf Organisation sitzen in Pankow. Das macht einiges von den Absichten deutlich, die damit verfolgt werden sollen. Diese Ferienaktion hat sich in den vergangenen Jahren als eine der beliebtesten Methoden der kommunistischen Infiltration erwiesen, wenn sie auch bisher nicht die erhoffte Breitenwirkung erreichen konnte. Immerhin besuchten 1954 18.000 und 1955 30.000 Kinder die Sowjetzone. Die für 1956 ergangenen Richtlinien des sowjetzonalen Gewerkschaftsbundes lassen klar erkennen, dass in diesem Jahr noch stärker als 1955 die "patriotische Erziehung" der Kinder, mit anderen Worten ihre einseitige Beeinflussung im Sinne der SED, das Hauptanliegen der sorgfältig ausgesuchten Lagerleiter und ihrer Helfer sein wird, die seit April für diese Aufgaben geschult werden.

Man lädt die Kinder ein und meint die Eltern. Die in den Lagern angeknüpfter Kontakte sollen, wenn die Kinder in ihre Heimorte nach Westdeutschland zurückgekehrt sind, gepflegt werden, wobei das Ferienerlebnis der Anknüpfungspunkt sein soll. Diese Kontakte mit folgenden Gesprächen, die zunächst einmal um Schulprobleme, um die Kindergeldfrage, die gesundheitliche Betreuung der Kinder und andere auf den ersten Blick unverfängliche Probleme geführt werden, sind im Grunde nichts anderes als der Versuch kommunistischer Zellenbildung.

Auf Kosten der Kinder der SED

Nachdem die SED die Herstellung der sogenannten Aktionseinheit mit den Sozialdemokraten und Gewerkschaftlern proklamiert hat, werden vor allem Arbeiterfamilien, darunter Gewerkschaftler und Sozialdemokraten, von den kommunistischen Reisenden in Ferien angesprochen werden.

Die Anweisung der SED, in diesem Jahr eine Rekordzahl an - 6 -

Ferienkindern aufzubringen, geht eindeutig auf Kosten der Kinder in der Sowjetzone. Die Arbeiter müssen in den sowjetzonalen Betrieben von ihrem Lohn Sonderabgaben für diese Aktion leisten und ihre eigenen Kinder haben das Nachsehen, wenn die bereitgestellten Mittel vorzeitig erschöpft sind. Kinder aus dem Westen sind in jedem Fall bevorzugt unterzubringen. Die Summe von 50 Millionen Ost-Mark, die für die ganze Aktion in der Zone zur Verfügung steht, reicht genau so wenig wie die um ein vielfaches höhere Summe, die westdeutsche Länder für Ferienaktionen in der Bundesrepublik ausgeben.

Die SED-Propaganda argumentiert nicht ungeschickt, dass das Treffen der Kinder aus Westdeutschland und der Sowjetzone das Gefühl gesamtdeutscher Zusammengehörigkeit stärken können, das verloren zu gehen drohe. Aber dieselbe SED sucht zu gleicher Zeit die Einladung mitteldeutscher Kinder in Ferienlager der Bundesrepublik mit allen Mitteln zu verhindern und die Möglichkeit zu einem freien Interzonenverkehr zu verbauen. Ein Prüfstein für die gesamtdeutsche Einstellung Pankows wird die Reaktion auf die Anregung des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Steinhoff sein. Er hat vor Primanern ein Austauschprogramm angekündigt, dessen Finanzierung vom Lande getragen wird und das dazu bestimmt ist, Schüler beider Hälften Deutschlands zusammenzubringen.

Solange Pankow das Prinzip der Gegenseitigkeit nicht anerkennt, bleibt nichts anderes übrig, als die Eltern vor der Einwilligung, ihre Kinder in die Ferienlager der Sowjetzone zu schicken, zu warnen. Die Bundesregierung sollte, da diese Aktion ein politisches Problem darstellt, sich nicht nur auf Warnungen beschränken. Die Summen, die für Ferienaufenthalte im Bundesgebiet ausgeschüttet werden, mögen gewiss jeden Vergleich mit der Zone aushalten. Aber sie bleiben angesichts der politischen Tragweite der ebenso unermüdlichen wie verführerischen und unaufrichtigen SED-Werbung zu gering.

\* \* \*

#### Russisch als Lehrfach

-k. In einem Gutachten des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen wird festgestellt, dass die Bundesrepublik ihr natürliches Interesse für alle Ostzonen sträflich vernachlässige. Tatsächlich ist es so: Deutschland als "Volk der Mitte" in Europa - 7 -

ist durch die Entwicklung seiner östlichen Nachbarstaaten zum Kommunismus so schockiert, dass es am liebsten den Osten ignorieren möchte. Manche wollen das Leben der östlichen Völker mit dem Bolschewismus in einen Topf werfen. Was immer auch in Europa in den nächsten Jahrzehnten geschehen mag - die Nachbarschaft mit den Slawen wird nicht aufgehoben. Diese recht einfachen, leider aber bei uns nicht sehr gegenwärtigen Erkenntnisse führen den Ausschuss zu der Forderung, über dem Kummer der deutschen Heimatvertriebenen beispielsweise nicht das Unrecht zu vergessen, das die Polen von ihrer ersten Teilung bis zur Ausrottung der Juden hin erleiden mussten. Einheimische und Vertriebene sollen die Geschichte Ostdeutschlands als gemeinsame Vorgangheit betrachten.

Das Gutachten macht dann einen sehr passablen Vorschlag: neben der intensiveren Beschäftigung der Schulen mit Ostfragen soll Russisch als Pflichtfach anstelle von Englisch oder Französisch gewählt werden können. Zumindest soll die russische Sprache als Wahlfach stärker als bisher gefördert werden. Es besteht gewiss keine Gefahr, dass unsere Jungen und Mädchen, ist dieser Grundsatz eingeführt, das schwierige Russisch den beiden anderen Weltsprachen vorziehen werden. Man sollte getrost diese Empfehlungen akzeptieren, zumal da einige Bundesländer den Wahlunterricht bereits fördern und gute Erfahrungen gesammelt haben.

Gerade die Tatsache, dass heute in der Sowjetunion wieder fleissig Deutsch gelernt wird, nachdem man erst jahrelang kein Interesse mehr daran zeigte, sollte diesen Schritt begünstigen. Die Russen, ob geliebt oder ungeliebt, sind heute so stark ins internationale Spiel gekommen, dass es nur nützlich ist, ihre Sprache zu lernen - gar nicht zu reden von den Vorteilen, das westdeutsche Lehrsystem wenigstens in diesen Punkte mit dem sowjetischen zu koordinieren. Schon die geflüchteten Schüler aus Mitteldeutschland würden es danken.

\* \* \*

#### Waren es Rubel, Herr Euler?

sp. Der von der FDP abgesplitterte Bundestagsabgeordnete Euler, sonst mit dem Wort nicht gerade unbeschlagen, schweigt. Er schweigt zu der in einer Frankfurter Zeitung erschienenen und an dieser Stelle kommentierten Feststellung, er habe für die Finanzierung der Bundestagswahl 1953 von einer ausländischen Stelle in "Interesse der Stabilisierung der Bundesrepublik" fast eine Million DM erhalten. Da Herr Euler dieser

Behauptung öffentlich nicht widersprochen hat, muss wohl angenommen werden, dass sie den Tatsachen entspricht.

Damit wird diese nicht unbescheidene ausländische Geldzuwendung an einen profilierten bünderepublikanischen Politiker zu einem öffentlichen Skandal. Euler wäre unseres Wissens der erste Bundestagsabgeordnete, von dem behauptet wird, Geld von einer ausländischen Stelle angenommen zu haben, um die Kanzlerpolitik zu stärken. Welche Verpflichtungen ging er, wenn er diese Summe erhalten hat, ein? Herr Euler gehört zu den eifrigsten Gegnern der Sozialdemokratie; als allzeit getreuer Kanzlerknappe hat er sich einen Namen gemacht. Erhielt er das Geld als Belohnung für seine Kanzlerarbeit, oder musste er sich seinem ausländischen Geldgeber verpflichten, als deutscher Abgeordneter die SPD noch schärfer zu bekämpfen? Jeder wird sich dabei wohl etwas gedacht haben, derjenige, der den Betrag entgegennahm, wie auch diejenigen, die ihn spendeten.

Aus der Veröffentlichung der zitierten Frankfurter Zeitung ging leider nicht hervor, um welche ausländische Stelle es sich handelte, die sich so liebevoll und freigiebig der Finanzierungsnöte Eulers annahm. Waren es Rubel- oder Dollarquellen? Wir glauben, Herr Euler hätte nun wirklich einen Anlass, sein Schweigen zu brechen.

\* \* \*

#### Lisa Albrecht 60 Jahre

Am 27. Mai 1956 wird Lisa Albrecht 60 Jahre alt. Den grössten Teil ihres Lebens hat sie in der Arbeiterbewegung verbracht. Bereits 1914 kam sie in ihrer Vaterstadt Hamburg zur SAJ und war dort lange Jahre sehr aktiv tätig, zusammen mit ihrem Mann August Albrecht, der zu den Mitbegründern der Arbeiterjugend gehörte und viele Jahre lang bis 1933 Geschäftsführer des Hauptvorstandes der SAJ in Berlin war.

1928 wurde Lisa die Nachfolgerin von Anna Matschke als Frauensekretärin im Bezirk Brandenburg. Sie hatte einen grossen Vorteil über alle anderen Frauensekretärinnen: sie konnte nämlich sehr schön Klampfe spielen und singen und war ausserdem noch Gymnastiklehrerin, so dass sie nicht nur den ernsten, sondern auch den "gemütlichen" Teil der Frauengruppenarbeit selber ausgestalten konnte. Lisa mit der Klampfe oder Lisa mit Medizinball war durch Jahre ein bekannter Anblick in Berlin und seiner näheren und weiteren Umgebung. Selbst in den - 9 -



Jahren nach dem ersten Weltkrieg war besonders in den Landgebieten die Arbeit einer Frauensekretärin nicht immer ein reines Vergnügen, aber Lisa liess sich niemals ihre gute Laune verderben und ihre Frauen dankten es ihr in einer ebenso fröhlichen und guten Kameradschaft.

1933 kam sie für einige Monate erst nach dem Alex und dann nach Moabit (Berliner Gefängnisse) und auch später wurde sie noch einige Male wieder geholt. Trotzdem traute sie sich, anderen, die in dieser Zeit gefährdet waren und insbesondere vielen jüdischen Freunden, bis zuletzt immer wieder zu helfen. Als dann der Krieg kam, wurde sie in Berlin ausgebombt und ging nach Mittenwald. Dort verlor sie dann auch noch ihre einzige jung verheiratete Tochter an einer schweren Krankheit. Es war also viel Hartes und Schweres in ihrem persönlichen Leben. Trotzdem war sie nach 1945 gleich wieder da, als es daran ging, aus den Trümmern des Vergangenen etwas Neues aufzubauen. Sie arbeitete erst in Mittenwald in der Kommunalpolitik, wurde dort stellvertretender Bürgermeister und später Mitvorsitzende der SPD Bayerns. Heute ist sie Mitglied des Parteivorstandes, Bundestagsabgeordnete (seit 1949), Mitglied des Zentralen Frauenausschusses und Mitarbeiterin in einer Reihe anderer Organisationen und Gremien.

Dass sie 60 Jahre alt ist, glaubt ihr sicher kein Mensch, und wenn auch heute weder die Klampfe noch der Medizinball nicht mehr ganz zu ihr passen würden, hat sie sich doch viel von dem Schwung und der Fröhlichkeit ihrer jungen Jahre bewahrt. Wir wünschen Lisa noch viele Jahre erfolgreiche Arbeit für unsere gemeinsame Sache.

\* \* \*

H.G.

---

Verantwortlich: Peter Haunau